



vszgb

verband schwyzer gemeinden und bezirke

kantonschwyz 

Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen den KESB und den Gemeinden im Kanton Schwyz

Version 1.0 vom 23. April 2019

Herausgegeben von:

- Kindes- und Erwachsenenschutzkommission
- Verband Schwyzer Gemeinden und Bezirke
- Departement des Innern
- Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden Inner- und Ausserschwyz

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung	3
2.	Ausgangslage	4
<u>2.1.</u>	<u>Rechtliche Grundlagen der KESB</u>	<u>5</u>
<u>2.2.</u>	<u>Zielgruppe und Zweck der Empfehlungen</u>	<u>5</u>
3.	Grundsätze zur Zusammenarbeit und allgemeine Handlungsgrundsätze	5
<u>3.1.</u>	<u>Kontaktperson für die Zusammenarbeit KESB – Gemeinde</u>	<u>5</u>
<u>3.2.</u>	<u>Allgemeine Handlungsgrundsätze</u>	<u>6</u>
<u>3.2.1.</u>	<u>Einholen von Informationen durch die KESB</u>	<u>6</u>
<u>3.2.2.</u>	<u>Grundsatz der Subsidiarität und Verhältnismässigkeitsprinzip/freiwillige Hilfsangebote</u>	<u>6</u>
<u>3.2.3.</u>	<u>Einholen von Stellungnahmen bei den Gemeinden</u>	<u>7</u>
<u>3.2.4.</u>	<u>Meldungen an die KESB</u>	<u>7</u>
4.	Aufgaben und Rollen	7
<u>4.1.</u>	<u>KESB</u>	<u>7</u>
<u>4.2.</u>	<u>Gemeinde</u>	<u>8</u>
<u>4.3.</u>	<u>Beistände und Beiständinnen</u>	<u>8</u>
5.	Standards zu spezifischen Schnittstellen-Themen	8
<u>5.1.</u>	<u>Gefährdungsmeldungen</u>	<u>8</u>
<u>5.2.</u>	<u>Mitwirkung Gemeinde bei voraussichtlicher Kostenbeteiligung</u>	<u>8</u>
<u>5.2.1.</u>	<u>Kostengutsprachen durch die Fürsorgebehörden</u>	<u>9</u>
<u>5.2.2.</u>	<u>Einbezug der Gemeinden in Verfahren mit Kostenfolgen für die Gemeinden</u>	<u>9</u>
<u>5.3.</u>	<u>Schulisch indizierte Massnahmen</u>	<u>10</u>
<u>5.4.</u>	<u>Sofortplatzierungen von Minderjährigen durch KESB</u>	<u>10</u>
<u>5.5.</u>	<u>Notplatzierungen von Minderjährigen durch Dritte</u>	<u>10</u>
<u>5.6.</u>	<u>Informationsaustausch</u>	<u>10</u>
<u>5.6.1.</u>	<u>Verschwiegenheitspflicht</u>	<u>10</u>
<u>5.6.2.</u>	<u>Datensicherheit</u>	<u>10</u>
<u>5.6.3.</u>	<u>Mitteilung von Entscheiden</u>	<u>11</u>
<u>5.6.4.</u>	<u>Mitteilung an die Einwohnerämter</u>	<u>11</u>
<u>5.6.5.</u>	<u>Kommunikation in ausserordentlichen Fällen</u>	<u>11</u>
6.	Qualitätssicherung	11
<u>6.1.1.</u>	<u>Gemeinden – KESB</u>	<u>11</u>
<u>6.1.2.</u>	<u>Kindes- und Erwachsenenschutzkommission</u>	<u>11</u>
7.	Abnahme Empfehlungen	13

1. Zusammenfassung

Die vorliegenden Empfehlungen der Fachgruppe Gesellschaft des Verbandes Schwyzer Gemeinden und Bezirke (vszgb), der Kindes- und Erwachsenenschutzkommission (KESK), der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) Inner- und Ausserschwyz sowie des Departements des Innern wollen die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, insbesondere den Fürsorgebehörden, und den beiden kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden im Kanton Schwyz koordinieren. Nicht näher behandelt wird in diesem Dokument die Zusammenarbeit zwischen den KESB und Schulen.¹

Um eine gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und KESB zu gewährleisten, bezeichnet die Gemeinde eine Kontaktperson sowie eine Stellvertretung. Die KESB holt bei Bedarf nach Eröffnung des Verfahrens allfällig vorliegende Informationen bei der Gemeinde (via Kontaktperson) ein, die für das Verfahren relevant sind. Mit diesen Informationen erhält die KESB vom vorhandenen Vorwissen der Gemeinden Kenntnis. Mit der Anfrage wird die Gemeinde zugleich über die Eröffnung des Verfahrens informiert und dass die KESB die Errichtung von behördlichen Massnahmen für einen Erwachsenen oder für ein Kind prüft.

Prüft die KESB Massnahmen, welche den Gemeinden Kosten verursachen, informiert sie die betroffene Gemeinde mittels Informationsschreiben via Kontaktperson über die Kosten. Die Kontaktpersonen der Gemeinden sind aufgefordert, innert der angesetzten Frist eine allfällige Stellungnahme einzureichen. Die Stellungnahme kann sich auf den Leistungserbringer oder den vorgesehenen Unterbringungsort beziehen. Sie kann allenfalls gleichwertige, jedoch für die Gemeinde kostengünstigere Alternativen vorbringen.

Trifft die KESB einen Entscheid, ist die Gemeinde daran gebunden. Es ist Aufgabe der Gemeinde zu prüfen, ob und in welcher Höhe eine Kostenbeteiligung der Eltern möglich ist. Die Fürsorgebehörde der Gemeinde führt dieses Verfahren.

Die KESB muss gemäss Bundesrecht jeweils im Einzelfall eine Interessenabwägung vornehmen, bevor sie Dritten Auskunft erteilen kann. Diese Verschwiegenheitspflicht gilt auch gegenüber den Gemeinden. Um das Funktionieren des Gemeinwesens sicherzustellen, erhalten Fürsorgebehörden sowie Einwohnerämter von der KESB bestimmte Informationen über das Vorliegen von behördlichen Schutzmassnahmen.

¹ Vgl. dazu die „Minimalstandards zur Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) bei Kindwohlgefährdung“ des Amtes für Volksschulen und Sport vom Juni 2016;
https://www.sz.ch/public/upload/assets/10975/Minimalstandards_zur_Zusammenarbeit_zwischen_Schulen_KESB.pdf

2. Ausgangslage

Eine gute Zusammenarbeit unter den hauptbeteiligten staatlichen Akteuren, insbesondere zwischen den Gemeinden und den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ist ein wesentliches Element für eine erfolgreiche Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Gerade zwischen dem Sozialhilferecht, das in der Zuständigkeit der Fürsorgebehörden der Gemeinden liegt, und dem zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht bestehen zahlreiche Berührungspunkte.

Am 17. Februar 2017 ist das Postulat P 2/17 „KESB Zusammenarbeit mit Gemeinden“ eingereicht worden. Die Postulanten machten bei den KESB im Kanton Schwyz vor allem in der Kommunikation mit den kommunalen Behörden weiteren Entwicklungsbedarf aus. Sie nahmen Bezug auf die Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den KESB im Kanton Zürich, welche vom leitenden Ausschuss des Verbandes der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich, der KESB-Präsidienvereinigung Kanton Zürich sowie der Sozialhilfekonferenz des Kantons Zürich herausgegeben worden sind. Sie vertraten die Ansicht, dass eine gesetzlich verankerte Pflicht zur Zusammenarbeit der KESB mit den Gemeinden dem Grundsatz der Subsidiarität entsprechen, die auf kommunaler Ebene vorhandenen Kenntnisse nutzbar machen und das Vertrauen zwischen Stimmbürgern und der KESB fördern würde. Sie haben den Regierungsrat gebeten zu prüfen, ob hinsichtlich Zusammenarbeit zwischen der KESB und den Gemeinden eine Anpassung des geltenden Rechts oder eine andere Massnahmen zu treffen ist.

Auch aus Sicht der KESB gab es Verbesserungsbedarf bei der Zusammenarbeit der Gemeinden mit der KESB.

Mit Beschluss Nr. 506 vom 27. Juni 2017 hat der Regierungsrat des Kantons Schwyz das Postulat P 2/17 beantwortet. Im Beschluss führt der Regierungsrat auf, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzkommission (KESK; vgl. Ziff. 6.1.2.) an der Sitzung vom 1. Juni 2017 das Postulat beraten habe. Er gibt die Empfehlung der KESK betreffend Behandlung des Postulates folgendermassen wieder:

„Die KESK stellte dabei fest, dass im Rahmen der zuvor seit 2013 abgehaltenen sechs KESK-Sitzungen bereits einige Empfehlungen und Verbesserungen für die Zusammenarbeit zwischen den KESB und den Gemeinden beschlossen wurden, die in den Protokollen festgehalten und den Adressaten gemäss Verteiler (insbesondere Gemeinden und KESB) jeweils mit dem Protokoll kommuniziert worden sind. Es bestehen somit bereits einige Empfehlungen für die Zusammenarbeit, die von den KESB auch befolgt werden. Aufgrund der starken Entwicklung der beiden KESB in den Startjahren sind gewisse Empfehlungen überholt und müssen revidiert werden. Zudem würde eine Sammlung von Empfehlungen in einem einzigen Dokument den Gemeinden und den KESB die Arbeit und Übersicht erleichtern sowie beidseitig Verbindlichkeiten schaffen.

Die KESK stellte weiter fest, dass bereits eine rechtliche Grundlage betreffend die Zusammenarbeit besteht. Gemäss § 10 Abs. 3 VwzKESR arbeiten die KESB mit den kommunalen Sozialdiensten im Rahmen der Rechtshilfe nach § 20 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 6. Juni 1974 (VRP, SRSZ 234.110) zusammen. Es besteht somit eine Verpflichtung zur gegenseitigen Rechtshilfe, sofern diese notwendig ist und die Geheimsphäre nicht verletzt wird.

Die KESK empfiehlt die Herausgabe von Empfehlungen für die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den KESB nach dem Zürcher Vorbild. Wichtig ist, dass die Empfehlungen von den massgebenden Akteuren gemeinsam erarbeitet und herausgegeben werden. Als massgebende Akteure werden erachtet:

- *Verband Schwyzer Gemeinden und Bezirke (operativ Fachgruppe Gesellschaft);*
- *Kommission für Kindes- und Erwachsenenschutz (insbesondere die Vertreter der Gemeinden und Eingemeindebezirke);*
- *Departement des Innern als administrative Aufsicht über die KESB;*
- *Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden Inner- und Ausserschwyz;*
- *Amt für Gesundheit und Soziales als Aufsichtsorgan über die Sozialhilfe der Gemeinden.*

Die KESK empfiehlt, dass das Departement des Innern die Führung und Koordination übernimmt.“

Der Regierungsrat nahm das Anliegen der Postulanten sowie die Empfehlungen der KESK auf und beantragte dem Kantonsrat, das Postulat erheblich zu erklären. Mit Beschluss vom 6. September 2017 hat der Kantonsrat das Postulat erheblich erklärt.

2.1. Rechtliche Grundlagen der KESB

Die gesetzliche Grundlage zur Schaffung der KESB regelt das Bundesrecht in Art. 440 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, ZGB, SR 210. Demnach sind die Kantone verpflichtet, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden als interdisziplinäre Fachbehörden auszugestalten. Die nähere Umsetzung dieser Bestimmung wurde den Kantonen übertragen. Der Kanton Schwyz hat die notwendigen Regelungen hauptsächlich im kantonalen Einführungsgesetz zum schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 14. September 1978 (EGzZGB, SRSZ 210.100) erlassen (Kantonsratsbeschluss vom 14. September 2011). Im Kanton Schwyz hat der Kantonsrat beschlossen, für den zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutz kantonale Behörden einzurichten.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz hat dazu die erforderlichen Vollzugsvorschriften erlassen (Vollzugsverordnung zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht vom 18. Dezember 2012, VVzKESR, SRSZ 211.311). Das Verfahren vor der KESB richtet sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 6. Juni 1974 (VRP, SRSZ 234.110).

2.2. Zielgruppe und Zweck der Empfehlungen

Diese Empfehlungen richten sich an Mitglieder von Gemeindebehörden, insbesondere Fürsorgebehörden, Mitarbeitende der Sozialdienste in den Gemeinden sowie an Mitglieder und Mitarbeitende der KESB. Die Empfehlungen gelten für die Zusammenarbeit aller Gemeinden mit der für sie zuständigen KESB.

Die Empfehlungen wollen eine zweckmässige und zielorientierte Zusammenarbeit zwischen KESB und Gemeinden sicherstellen und Doppelspurigkeiten vermeiden helfen, um im Interesse der schutz- und hilfsbedürftigen Personen einen effizienten Ablauf zwischen allen Beteiligten zu gewährleisten.

Wegleitend für die Ausformulierung dieser Empfehlungen sowie für deren Anwendung sind die Aufgaben und Pflichten der KESB zur Sicherstellung eines rechtsstaatlichen Verfahrens für die im Mittelpunkt der behördlichen Abklärungen stehenden Kinder, Jugendlichen oder Erwachsenen sowie die Aufgaben und Pflichten der Gemeinden aus dem Sozialhilferecht. Die Handlungen sowie die Zusammenarbeit aller Beteiligten (Behörden, Fachstellen, Dritte) haben sich danach zu richten.

3. Grundsätze zur Zusammenarbeit und allgemeine Handlungsgrundsätze

3.1. Kontaktperson für die Zusammenarbeit KESB – Gemeinde

Eröffnet die KESB nach Prüfung ihrer Zuständigkeit ein Kindes- oder erwachsenenschutzrechtliches Verfahren, ist sie von Gesetzes wegen verpflichtet, sämtliche Abklärungen durchzuführen, die sie für ihren Entscheid benötigt (Art. 446 ZGB). Um die Zusammenarbeit zwischen der KESB und den Gemeinden möglichst effizient zu gestalten, sollen die Gemeinden gegenüber der KESB eine Kontaktperson (sowie deren Stellvertretung) bezeichnen, welche als Adressat für schriftliche Anfragen (z.B. Stellungnahmen zu Informationsschreiben betreffend Massnahmen mit Kostenfolgen für die Gemeinden), Zustellung von Beschlüssen und Verfügungen sowie als Kontaktperson für mündliche Anfragen der KESB zur Verfügung steht. Weitere Aufgaben der Kontaktperson könnten die Behandlung von Kostengutsprachen, die Weiterleitung von Meldungen der Bevölkerung an die KESB sowie die Teilnahme an Zusammenkünften zum Erfahrungsaustausch und zur Praxisentwicklung sein. Den Gemeinden wird empfohlen, als Kontaktperson die Sekretärin/den Sekretär der Fürsorgebehörde einzusetzen.

3.2. Allgemeine Handlungsgrundsätze

3.2.1. Einholen von Informationen durch die KESB

Gemäss § 10 Abs. 3 VVzKESR arbeiten die KESB mit den kommunalen Sozialdiensten im Rahmen der Rechtshilfe nach § 20 VRP zusammen. Es besteht somit eine Verpflichtung zur gegenseitigen Rechtshilfe, sofern diese notwendig ist und die Geheimsphäre nicht verletzt wird (vgl. dazu auch Art. 448 Abs. 4 ZGB).

Da die KESB von Gesetzes wegen verpflichtet ist, sämtliche Abklärungen durchzuführen, die sie für ihren Entscheid benötigt (Art. 446 ZGB), holt sie bei Bedarf bei der Kontaktperson der Wohnsitzgemeinde Erkundigungen zu den über die betroffene Person vorhandenen Informationen ein, die für das Verfahren relevant sind. Mit diesen Informationen erhält die KESB vom vorhandenen Vorwissen der Gemeinden Kenntnis.

Die KESB holt in der Regel dann Informationen bei der Wohnsitzgemeinde ein, wenn eine Gefährdungsmeldung bei ihr eingeht und dazu ein Verfahren eröffnet wird. Bei Verfahren, die aus anderen Gründen eröffnet wurden, wird sie in der Regel auf die Einholung von Informationen bei der Wohnsitzgemeinde verzichten (z.B. Vorsorgeauftrag, Patientenverfügung, Überprüfung fürsorgerische Unterbringung, Zuteilung elterliche Sorge, Übernahme/Übertragung einer Massnahme). Zwar führen diese Aufgaben auch zu formellen Verfahrenseröffnungen, ein Miteinbezug der Gemeinden durch die KESB in diesen Bereichen widerspräche jedoch rechtsstaatlichen Grundsätzen. Die KESB nimmt jeweils eine Interessenabwägung vor und prüft, ob die Mitteilung der Verfahrenseröffnung an die Gemeinde verhältnismässig ist.

Die bei der Gemeinde einzuholenden Informationen sollen im Wesentlichen Auskunft geben über Erfahrungen mit den betroffenen Personen im Rahmen der persönlichen und wirtschaftlichen Sozialhilfe, ob solche noch geleistet wird und über den Unterstützungswohnsitz. Sofern die Wohnsitzgemeinde über sachrelevante Unterlagen verfügt, leitet die Kontaktperson der Gemeinde der KESB auf deren Anfrage die entsprechenden Akten weiter. Der KESB sind auf Anfrage auch allfällige Vorakten der früheren Vormundschaftsbehörde im Original zuzustellen².

Durch die Gemeinde bzw. durch die Kontaktperson sollen jedoch keine Abklärungen zum Gegenstand des Verfahrens bei der KESB durchgeführt und insbesondere keine Erkundigungen bei der Schule vorgenommen werden.

3.2.2. Grundsatz der Subsidiarität und Verhältnismässigkeitsprinzip/freiwillige Hilfsangebote

In Kindes- und Erwachsenenschutzverfahren gilt der Grundsatz der Verhältnismässigkeit. Behördliche Massnahmen dürfen nur angeordnet werden, wenn sie zweckmässig, erforderlich und zumutbar sind und keine mildereren Massnahmen zur Verfügung stehen, um das angestrebte Ziel zu erreichen (Grundsatz der Subsidiarität). Im Abklärungsverfahren prüft die KESB daher jeweils, ob freiwillige Hilfsangebote in Frage kommen und vermittelt allenfalls die betroffene Person zu solchen Hilfeleistungen.

Die Sozialdienste der Gemeinden im Kanton Schwyz nehmen im „freiwilligen“ Kindes- und Erwachsenenschutz eine sehr wichtige Funktion wahr, indem diese mit den Betroffenen einvernehmliche Lösungen erarbeiten, welche die Gemeinde bei Kostenanfall auf Beschluss der Fürsorgebehörde subsidiär finanziert.

Im Rahmen der Freiwilligkeit sind fast alle Massnahmen möglich, welche die KESB auch anordnen kann. Dazu gehören im Kinderschutz insbesondere Familienbegleitung, Vermittlung von Tagesbetreuung, Besuche von Kursen oder Therapien für Kind und/oder Eltern, Platzierungen in Pflegefami-

² Vgl. Informationsschreiben 3 des Departements des Innern vom 1. März 2012 an die Gemeinden und Bezirke, Amtsvormundschaften und den Verband Schwyzer Gemeinden und Bezirke betreffend Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts, Ziff. 1.1.

lien oder Heimen. Im Erwachsenenschutz umfassen die freiwilligen Angebote insbesondere Budgetberatung, Spitex, ambulante Therapieangebote, ambulante Wohnhilfe, betreutes Wohnen und die Vermittlung von Plätzen in Behinderten-, Alters- und Pflegeheimen.

Das hoheitliche Handeln der KESB kommt nur zum Zug, wenn sich die hilfsbedürftigen Personen der vorgelagerten persönlichen Hilfe verweigern oder diesbezüglich nicht urteilsfähig sind. Arbeiten die betroffene Person im Erwachsenenschutz oder die Eltern und das Kind im Kinderschutz zuverlässig mit freiwilligen Hilfsangeboten zusammen, ist aufgrund der Verhältnismässigkeit eine Massnahme der KESB weder nötig noch zulässig. Die Fürsorgebehörden der Gemeinden sind daher verpflichtet, die Finanzierung einer fachlich notwendigen Massnahme analog der Finanzierung bei angeordneten Massnahmen zu prüfen und falls angezeigt zu bewilligen.

Wendet sich eine Person wegen Hilfsbedürftigkeit an die Gemeinde, soll diese die betreffende Person deshalb zunächst über die Möglichkeiten der freiwilligen Beratung und Unterstützung im Rahmen der persönlichen Hilfe (z.B. Sozialdienst der Gemeinde, Pro Senectute, usw.) informieren (§ 11 Abs. 2 Bst. b des Gesetzes über die Sozialhilfe vom 18. Mai 1983, ShG, SRSZ 380.100). Allenfalls ist die hilfeschuchende Person auf die Subsidiarität der Massnahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzes hinzuweisen.

3.2.3. Einholen von Stellungnahmen bei den Gemeinden

Für den Fall, dass sich Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahmen abzeichnen, welche Kosten gemäss Kapitel 5.2. verursachen, die voraussichtlich durch die Wohnsitzgemeinde der betroffenen Person (als unterstützungspflichtiges Gemeinwesen) bezahlt werden müssen, fordert die KESB die Kontaktperson der jeweiligen Gemeinde vor dem behördlichen Entscheid zur Stellungnahme auf (siehe Ziff. 5.2.2.).

3.2.4. Meldungen an die KESB

Grundsätzlich kann jede Person der KESB Meldung erstatten, wenn eine Person hilfsbedürftig erscheint (Art. 443 Abs. 1 ZGB). Darüber hinaus sind Mitarbeitende der Gemeinden zur Meldung an die KESB verpflichtet, wenn sie selbst im Rahmen ihrer Berufsausübung von der Hilfsbedürftigkeit einer Person Kenntnis erhalten (Art. 443 Abs. 2 ZGB). Die Meldepflicht im Kanton Schwyz präzisiert das Bundesrecht. Mitarbeitende des Kantons, der Bezirke und Gemeinden sowie Lehrpersonen und Ärzte, die in Ausübung ihres Berufes von der Hilfsbedürftigkeit Kenntnis erhalten, sind zur Meldung verpflichtet, sofern mit anderen Massnahmen keine Abhilfe geschaffen werden kann (§ 29 Abs. 2 EGzZGB).

4. Aufgaben und Rollen

4.1. KESB

Die KESB trägt die Verantwortung für die rechtsstaatlich korrekte Durchführung der Verfahren im Kindes- und Erwachsenenschutz. Hierzu gehört u.a. die Entgegennahme von Meldungen, die Einleitung des Verfahrens, die Leitung der Abklärung, die Situationsanalyse/-diagnose/-prognose, die Beurteilung der Schutzbedürftigkeit, der Anordnungsentscheid und die Wahl des geeigneten Beistandes oder der geeigneten Beiständin. Kommt die KESB zum Schluss, dass die Anordnung einer Massnahme des Erwachsenenschutzes unnötig ist, kann sie mit Einverständnis der betroffenen Person die zuständige Gemeinde ersuchen, eine Unterstützung im Rahmen der persönlichen Hilfe gemäss ShG einzurichten.

Weitere Aufgaben hat die KESB im Bereich der Instruktion der Beiständigen und Beistände und in deren Aufsicht. Darüber hinaus nimmt die KESB nicht massnahmegebundene Aufgaben wahr, z.B. genehmigt sie im Kinderschutzrecht (eilvernehmliche) Unterhaltsvereinbarungen oder validiert im Erwachsenenschutzrecht Vorsorgeaufträge. Weiter ist die Mitwirkung der KESB bei bestimmten Rechtsgeschäften der Beistandsperson oder vertretungsberechtigten Ehepartnern (Erbteilungen, Liegenschaftsverkäufe etc.) erforderlich.

Zum Zweck der Qualitätssicherung sowie der Qualitäts- und Praxisentwicklung sorgt die KESB für einen regelmässigen Erfahrungsaustausch mit den Gemeinden (vgl. Ziff. 6.1.1.).

4.2. Gemeinde

Die Gemeinde ist dafür besorgt, dass Hilfsbedürftigen ein genügendes Unterstützungsangebot im Rahmen der persönlichen Hilfe gemäss ShG und dem Gesetz über soziale Einrichtungen vom 28. März 2007 (SEG, SRSZ 380.300) zur Verfügung steht. Sie informiert die KESB über das von ihnen unterstützte Angebot von öffentlichen und privaten sozialen Institutionen. Die KESB weist Hilfesuchende nach Möglichkeit an diese Fachstellen weiter.

4.3. Beistände und Beiständinnen

Die Mandatsträger und -trägerinnen führen im Rahmen ihres von der KESB zugewiesenen Auftrags eigenverantwortlich Massnahmen im Kindes- und Erwachsenenschutz. Die KESB ist Aufsichtsorgan über die Tätigkeit der Mandatspersonen. Diese erstatten der KESB mindestens alle zwei Jahre Bericht, wobei Familienangehörige von dieser Pflicht unter bestimmten Voraussetzungen ganz oder teilweise entbunden werden können. Die Beistandschaften werden entweder von Berufsbeiständen aus den kantonalen Amtsbeistandschaften oder nebenamtlichen privaten Mandatsträgern (PriMa) geführt.

5. Standards zu spezifischen Schnittstellen-Themen

5.1. Gefährdungsmeldungen

Meldungen der Bevölkerung über eine mögliche Gefährdung eines Erwachsenen oder eines Kindes, die irrtümlich bei der Gemeinde eingereicht wurden, sind umgehend und ohne vorher eigene Massnahmen oder Abklärungen durchzuführen, an die zuständige KESB weiterzuleiten.

Erhalten Mitarbeitende der Gemeinden in Ausübung ihrer Tätigkeit Kenntnis von der Hilfsbedürftigkeit einer Erwachsenen Person oder eines Kindes, sind sie nach § 29 Abs. 2 EGzZGB zur Meldung an die KESB verpflichtet, sofern mit anderen Massnahmen keine Abhilfe geschaffen werden kann. Die Meldung der Gemeinde an die KESB soll schriftlich durch die Kontaktperson der Gemeinde mittels dem Formular „Gefährdungsmeldung Kind/Jugendliche“ oder „Gefährdungsmeldung Erwachsene“ erfolgen. Die entsprechenden Meldebogen sind auf www.sz.ch/kes publiziert. Der Meldebogen soll möglichst vollständig ausgefüllt werden. Die Angaben sollten kurz, prägnant und sachlich formuliert werden. Sofern bei den Fürsorgebehörden weitere Unterlagen vorhanden sind, sollen diese zusammen mit der Meldung der KESB eingereicht werden.

Wenden sich Eltern von behinderten Kindern an die Gemeinde, weil ihr Kind in Kürze volljährig wird und seine Angelegenheiten nicht selbständig besorgen kann, sind die Eltern an die KESB zu verweisen bzw. macht die Gemeinde Meldung bei der KESB. Die Behörde bestellt dem Kind per Volljährigkeit einen Beistand für die Bereiche, in denen es eine Vertretung benötigt (z.B. Rechtsverkehr, Finanzen, Wohnen etc.). Als Beistand kann die KESB je nach Eignung einen Angehörigen, einen Berufsbeistand oder eine andere Person ernennen.

Die Gefährdungsmeldung ist Bestandteil der Verfahrensakten. Bei der Erstellung der Meldung sollte deshalb berücksichtigt werden, dass die am Verfahren beteiligten Personen grundsätzlich Anspruch auf umfassende Akteneinsicht haben (Art. 449b Abs. 1 ZGB) und in diesem Rahmen auch Meldungen, welche zur Eröffnung eines behördlichen Verfahrens führen, offen gelegt werden. Die KESB bestätigt den Eingang einer Gefährdungsmeldung jeweils umgehend.

5.2. Mitwirkung Gemeinde bei voraussichtlicher Kostenbeteiligung

Die KESB prüft bei der Anordnung von Massnahmen deren Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit – auch hinsichtlich der Angemessenheit der Kostenfolgen.

Die Finanzierung der von der KESB angeordneten Kinderschutzmassnahmen erfolgt subsidiär durch die zuständige Wohnsitzgemeinde. Mitarbeitende der KESB bzw. die Mandatsträgerin oder der Mandatsträger informieren die Eltern über ihre Kostenbeteiligungspflicht. Allfällige Kostengutsprachen

sind in jedem Fall zeitnah durch die Fürsorgebehörde der betreffenden Gemeinde zu erteilen. Dabei ist die Gemeinde an den Entscheid der KESB gebunden (Bundesgerichtsentscheid [BGE 135 V 134]). Die Gemeinde prüft ihre Zuständigkeit und die Finanzierung.

5.2.1. Kostengutsprachen durch die Fürsorgebehörden

Ordnet die KESB Massnahmen mit Kostenfolgen für Gemeinden an, welche zeitlich nicht begrenzt sind, so erteilt die Fürsorgebehörde Kostengutsprachen mindestens auf ein Jahr befristet. Bei Anordnung von Massnahmen mit Kostenfolgen, welche zeitlich wie auch finanziell auf maximal ein Jahr begrenzt sind, erteilt die Fürsorgebehörde Kostengutsprachen gemäss Massnahmenanordnung durch die KESB. Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger bzw. Mitarbeitende der KESB informieren die Kontaktpersonen der Gemeinden mindestens einen Monat vor Ablauf der Kostengutsprache über die Weiterführung der Massnahme und die Notwendigkeit einer weiteren Kostengutsprache. Die Fürsorgebehörde prüft darauf, ob sich an der Zuständigkeit nichts geändert hat. Eine materielle Prüfung durch die Gemeinde findet nicht statt.

Entscheidet die Fürsorgebehörde nicht innert nützlicher Frist über die Erteilung der Kostengutsprache, nimmt die KESB zunächst mit dem zuständigen Fürsorgesekretär oder -präsidenten Kontakt auf, bevor sie dann an das Amt für Gesundheit und Soziales als Aufsichtsorgan über die Sozialhilfe der Gemeinden gelangt.

Soweit die Eltern einer Kindeswohlgefährdung selbst aktiv abhelfen, darf die KESB gemäss Subsidiaritätsprinzip keine Massnahmen anordnen. Die Eltern richten ihre Anträge um Kostengutsprache in diesen Fällen direkt an die zuständige Wohnsitzgemeinde.

5.2.2. Einbezug der Gemeinden in Verfahren mit Kostenfolgen für die Gemeinden

Noch in der Abklärungsphase erfolgt die Kontaktaufnahme mit der Kontaktperson der zuständigen Gemeinde, wenn ein Kostenanfall für die Gemeinde absehbar ist. Zweck: Die Fürsorgebehörde erhält die Möglichkeit der Stellungnahme, jedoch ohne Verfahrensstellung. Die KESB entscheidet letztlich kraft eigener Zuständigkeit und unterliegt dabei allen rechtsstaatlichen Prinzipien unter Einschluss der Pflicht, mit öffentlichen Mitteln sorgsam umzugehen und keine unnötigen Kosten zu verursachen.

Das Ziel des Einbezugs der Gemeinden ist, dass nach dem Entscheid der KESB und der Klärung der Massnahmendetails die Kostengutsprache möglichst schnell vorliegt und mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Konkret sendet die KESB vor ihrem Entscheid ein Informationsschreiben an die Kontaktperson der zivilrechtlichen Wohnsitzgemeinde zur Stellungnahme. Das Informationsschreiben beinhaltet die Daten der betroffenen Personen bzw. Familie, eine kurze Begründung, weshalb nur die aufgeführte Massnahme in Frage kommt, sowie Details zur Massnahme (insbesondere vorgesehene Institution, voraussichtliche Dauer und Kosten pro Tag inkl. Nebenkosten). Nötigenfalls können beim fallführenden Mitglied der KESB telefonisch weitere Klärungen abgeholt werden. Die Gemeinde bzw. die Kontaktperson gibt der KESB bei Bedarf innert der angesetzten Frist (in der Regel drei Arbeitstage) eine Rückmeldung. Ohne Rückmeldung innert der angesetzten Frist geht die KESB von einem Verzicht auf eine Stellungnahme aus.

Im Rahmen der Stellungnahme kann sich die Gemeinde zum vorgesehenen Leistungserbringer oder zum vorgesehenen Unterbringungsort äussern. Sie kann allenfalls gleichwertige, jedoch für die Gemeinde kostengünstigere Alternativen vorbringen. Die Stellungnahme der Gemeinde soll jedoch keine eigene Einschätzung des Kindeswohls oder der Schutz- und Hilfsbedürftigkeit einer Erwachsenen Person beinhalten. Es besteht in diesen Fällen auch **kein Akteneinsichtsrecht** der Fürsorgebehörden, da diese keine Verfahrensstellung haben und nicht als am Verfahren beteiligte Personen anzusehen sind (Art. 449b ZGB)³.

³ Vgl. „Erste Erfahrungen mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht“, Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate 14.3776, 14.3891, 14.4113 und 15.3614 vom 29. März 2017, S. 43 und 44.

Handelt es sich bei der zivilrechtlichen Wohnsitzgemeinde nicht zugleich um die sozialhilferechtlich zuständige Gemeinde, klärt diese mit der sozialhilferechtlich zuständigen Gemeinde die Finanzierung der Massnahmen ab und informiert die KESB über das Ergebnis.

Die KESB informiert die Gemeinden über die Anordnung und die Aufhebung von gesetzlichen Massnahmen, für welche die Gemeinden Kostengutsprachen leisten müssen. Die Information erfolgt schriftlich mittels Zustellung eines Auszugs aus dem Dispositiv und aus den Erwägungen des Entscheids.

5.3. Schulisch indizierte Massnahmen

Einen Entscheid zur Platzierung eines Kindes in ein Schulheim oder zur Durchführung einer Sonderschulung erlässt die KESB grundsätzlich in Zusammenarbeit mit dem Amt für Volksschulen.

5.4. Sofortplatzierungen von Minderjährigen durch KESB

Erhält die KESB eine Meldung, die eine sofortige Platzierung einer minderjährigen Person notwendig macht, nimmt sie mit der Kontaktperson der zuständigen Gemeinde telefonisch Verbindung auf und informiert sie über den Unterbringungsbedarf und -ort. Das weitere Verfahren richtet sich nach Ziff.

5.2.

5.5. Notplatzierungen von Minderjährigen durch Dritte

Es kann insbesondere an Wochenenden notwendig werden, dass ein Kind oder ein Jugendlicher umgehend untergebracht werden muss. Die Polizei oder eine Heimleitung können dies im Rahmen ihrer Berufspflicht auch gegen den Willen der Eltern tun, soweit dies zur Wahrnehmung berechtigter Interessen angezeigt ist, insbesondere das Kind akut gefährdet ist oder zur Deeskalation unumgänglich ist. Sie müssen aber sobald als möglich die KESB benachrichtigen.

Die KESB informiert die Kontaktperson der zuständigen Gemeinde sobald wie möglich, in der Regel jedoch innerhalb von zwei Tagen über die Unterbringung. Soweit dann ein Entscheid der KESB bezüglich der Notfallplatzierung erfolgt, ist die Gemeinde daran gebunden. Ist kein Platzierungsentscheid der KESB notwendig, z.B. weil die Eltern sich nachträglich mit der Unterbringung einverstanden erklären, so richten die Eltern den Antrag um Kostengutsprache an die Gemeinde gemäss Ziff.

5.2.1.

5.6. Informationsaustausch

5.6.1. Verschwiegenheitspflicht

Die KESB ist im Rahmen ihrer Tätigkeit zur Verschwiegenheit verpflichtet (Art. 451 Abs. 1 ZGB). Die grundsätzlich umfassende Schweigepflicht der KESB dient nicht nur dem Schutz der Daten, sondern vor allem dem Schutz der Persönlichkeitsrechte der betroffenen Person. Eine Durchbrechung der Verschwiegenheitspflicht der KESB ist aufgrund der bundesrechtlichen Regelung nur zulässig, wenn überwiegende Interessen entgegenstehen. Die KESB muss daher vor einer Auskunfterteilung zu Anfragen von Gemeinden jeweils eine Interessenabwägung vornehmen. Ein überwiegendes Interesse an einer Auskunfterteilung kann insbesondere darin liegen, dass die Informationsweitergabe zur Wahrnehmung der Interessen der betroffenen Person notwendig ist. Weiter rechtfertigt eine ernsthafte Gefährdung der betroffenen Person oder Dritter eine Informationsweitergabe durch die KESB.

5.6.2. Datensicherheit

Der Austausch vertraulicher Personendaten zwischen KESB und Gemeinden und weiteren beteiligten Organisationen per E-Mail darf grundsätzlich nur in besonders geschützten Systemen erfolgen (z.B. über IncaMail). Alternativ kann der Anhang z.B. bei Word-Dokumenten mittels der WebTransfer-Plattform des Kantons Schwyz und das Kennwort per Telefon übermittelt werden. Werden vertrauliche Informationen ungeschützt elektronisch versendet, dürfen keine Namen und Daten erscheinen, die Rückschlüsse auf die betroffene Person ermöglichen. Wo dies nicht möglich ist, sind Telefon, Fax oder Brief zu verwenden.

5.6.3. Mitteilung von Entscheiden

In Verfahren, bei denen der Gemeinde ein Auszug aus dem Dispositiv und den Erwägungen des Entscheides zugestellt wird, erhält sie diesen gleichzeitig wie die Verfahrensbeteiligten. Wird ein Beschluss der KESB nicht rechtskräftig, erfolgt eine Information an die Kontaktperson.

5.6.4. Mitteilung an die Einwohnerämter

Die KESB teilen den Einwohnerämtern der Gemeinden mit: Inkraftsetzung Vorsorgeauftrag, Errichtung oder Aufhebung einer umfassenden Beistandschaft (Erwachsene), Zuteilung der elterlichen Sorge und die Errichtung oder Aufhebung einer Vormundschaft (Kinder).

5.6.5. Kommunikation in ausserordentlichen Fällen

Ist in konkreten Einzelfällen aufgrund von schweren Strafdelikten von Beteiligten mit einem hohen öffentlichen Interesse zu rechnen und ist der Kindes- oder Erwachsenenschutz in den Fall involviert, ist eine Absprache zwischen KESB und Gemeinde insbesondere bezüglich der Information der Öffentlichkeit notwendig.

6. Qualitätssicherung

6.1.1. Gemeinden – KESB

Zum Zweck der Qualitätssicherung sowie zur Qualitäts- und Praxisentwicklung sorgen die KESB für einen regelmässigen Erfahrungsaustausch mit den Gemeinden. Der Vorsteher des zuständigen Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz/der zuständigen KESB lädt pro Kreis einer Amtsbeistandschaft jährlich zu einer Sitzung. Der Teilnehmerkreis besteht aus dem Vorsteher der KESB, dem zuständigen Leiter der Amtsbeistandschaft, den Fürsorgepräsidenten und den Fürsorgesekretären aus dem Kreis der Amtsbeistandschaft. Im gegenseitigen Einverständnis können weitere Personen zugezogen werden.

6.1.2. Kindes- und Erwachsenenschutzkommission

Mit der Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts hat der Kantonsrat beschlossen, dass der Regierungsrat eine Kindes- und Erwachsenenschutzkommission bestellt. Diese setzt sich aus vier Vertretern der Gemeinden, aus zwei Vertretern der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sowie dem Vorsteher des zuständigen Departements zusammen und hat beratende Funktion (vgl. §7 Abs. 2 EGZGB).

Der Kantonsrat hat die Schaffung der Kommission beschlossen, um dem Anliegen der Gemeinden nach einer Mitbestimmungsmöglichkeit bei finanzwirksamen Massnahmen gerecht zu werden. Die Kommission hat den Zweck, allfällige Probleme bei der Umsetzung und Pflege des neuen Rechts aus Sicht der Gemeinden sowie der KESB zu diskutieren und Lösungsmöglichkeiten für eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohl der betroffenen Personen zu finden. Gleichzeitig soll damit die gegenseitige Information und das Verständnis für die je eigenen Aufgaben und Positionen gestärkt werden. Der Kommission kommt weder Entscheid- noch Beschwerdebefugnis zu. Sie wird nicht in die Entscheidungen der KESB miteinbezogen. Sie trifft sich nach Bedarf, analysiert getroffene Entscheidungen in Einzelfällen und daraus entstandene Probleme und sucht nach Verbesserungsmöglichkeiten. Der Kommission kommt somit eine wichtige beratende Funktion zwischen den kantonalen Amtsstellen (KESB) und den kommunalen Behörden zu⁴.

Im § 5 VVzKESR hat der Regierungsrat die Kindes- und Erwachsenenschutzkommission und deren Aufgaben konkreter geregelt:

¹ Der Regierungsrat wählt die Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzkommission für eine Dauer von vier Jahren. Die Mitglieder können wiedergewählt werden.

² Der Vorsteher des Departementes des Innern präsidiert die Kommission.

³ Die Kommission trifft sich mindestens einmal jährlich und nimmt ihre Aufgaben wahr, indem sie die Aufsichtsbehörde und die beiden Ämter berät bei:

⁴ vgl. Bericht an den Kantonsrat zur Umsetzung des neuen Vormundschaftsrechts, RRB Nr. 401 vom 19. April 2011, S. 9 und 16

- a) der Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten der Gemeinden;
- b) der Aufsichtsausübung;
- c) der Aufgabenerfüllung durch die KESB und die Amtsbeistandschaften.

Die Mitglieder der KESK aus den Exekutiven der Gemeinden bzw. Eingemeindebezirke sind die Ansprechpartner für die Gemeinden und Eingemeindebezirke, um deren Anliegen in die KESK zu bringen. Dabei geht es namentlich um Anliegen bezüglich die Zusammenarbeit der KESB und der Amtsbeistandschaften mit den Sozialdiensten der Gemeinden, die Aufsichtsausübung und die Aufgabenerfüllung durch die KESB und die Amtsbeistandschaften.

Es gilt folgende Zuteilung der Gemeinden und Eingemeindebezirke auf die Kommunalvertreter in der KESK:

Kreis Ausserschwyz:

- **Kommunalvertreter 1 Ausserschwyz:** Altendorf, Galgenen, Innerthal, Lachen, Reichenburg, Schübelbach, Tuggen, Vorderthal und Wangen.
- **Kommunalvertreter 2 Ausserschwyz:** Feusisberg, Freienbach, Wollerau, Alpthal, Einsiedeln, Oberiberg, Rothenthurm und Unteriberg.

Kreis Innerschwyz:

- **Kommunalvertreter 1 Innerschwyz:** Sattel, Illgau, Ingenbohl, Morschach, Muotathal, Riemstalden und Schwyz.
- **Kommunalvertreter 2 Innerschwyz:** Arth, Küssnacht, Lauerz, Gersau, Steinen und Steinerberg.

Die Kommunalvertreter in der KESK werden im Vorfeld einer KESK-Sitzung bei den Fürsorgebehörden der ihnen zugeteilten Gemeinden und Eingemeindebezirke allfällige Anliegen erfragen (mittels Umfrage per E-Mail). Den Gemeinden und Eingemeindebezirken steht es aber auch jederzeit offen, ihre Anliegen von sich aus ihrer zugeteilten Vertretung in der KESK zu unterbreiten.

Die Ergebnisse der Diskussion und Beratung der KESK werden in einem Protokoll festgehalten. Das Protokoll wird den Gemeinden und Eingemeindebezirken sowie den Fürsorgepräsidenten und –sekretären zugestellt.

7. Abnahme Empfehlungen

Die Empfehlungen wurden wie folgt abgenommen:

- 22. Mai 2019 durch die Kindes- und Erwachsenenschutzkommission;
- 23. April 2019 durch den Vorstand des Verbandes Schwyzer Gemeinden und Bezirke;
- 23. Mai 2019 durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Innerschwyz;
- 08. Mai 2019 durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Ausserschwyz;
- 23. April 2019 durch das Departement des Innern.

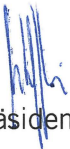
Sie werden bei Bedarf angepasst.

Petra Steimen-Rickenbacher, Landesstatthalter



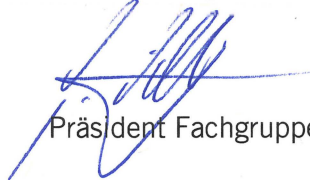
Präsidentin KESK/Vorsteherin Departement des Innern

Martin Wipfli



Präsident vszgb

Gerhard Villiger



Präsident Fachgruppe Gesellschaft vszgb

Petra Senn



Vorsteherin KESB Innerschwyz

Mario Häfliger



Vorsteher KESB Ausserschwyz

Departement des Innern

Kollegiumstrasse 28

Postfach 2160

6431 Schwyz

Telefon 041 819 16 65

Telefax 041 819 20 49

E-Mail di@sz.ch

Internet www.sz.ch